

Arbeiter-Zeitung

Parteiblatt der Vereinigten Kommunistischen Partei Deutschlands (Sektion der Kommunistischen Internationale).

Bezugspreis: Die 4 Spalten-Rücknummer über dem Rest 0.00 RM., ansonst 0.00 RM.
Durch den Postträger 1.40 RM. für die Woche, 6.10 RM. für den Monat.
Durch die Post: 0.10 RM. für den Monat.

Postfach Nr. 22885
„Sozialistischer Verlag, u. G. m. b. H.“, Breslau.

Bezugspreis: Die 4 Spalten-Rücknummer über dem Rest 0.00 RM., ansonst 0.00 RM.
Durch den Postträger 1.40 RM. für die Woche, 6.10 RM. für den Monat.
Durch die Post: 0.10 RM. für den Monat.

Arbeiter und Arbeiterinnen, einigt Euch gegen den kapitalistischen Mord!

Wieder werden die Arbeitermassen aufmarschieren, um gegen den Mord an ihren Kampfgenossen die Stimme des Protestes zu erheben.

Sie werden marschieren mit dem Bilde jener 15 000 von Proletariern und Proletarierinnen im Herzen, die die deutsche Bourgeoisie hingemordet hat, damit sie sie in ihrer Profitgier nicht hören, damit sie nicht versuchen, ein Ende ihrem Schieber- und Schlemmerleben zu bereiten, und ein Ende der eigenen Not und dem eigenen Elend.

Sie werden marschieren mit dem Bilde Rosa Luxemburg, Karl Liebknecht und Leo Jogisches im Herzen, die die bürgerlichen Mörder geschlachtet haben, in der Hoffnung, daß das deutsche Proletariat, führerlos, nicht imstande sein wird, ein Ende der blutbestreuten Herrschaft der Bourgeoisie zu bereiten.

Sie werden marschieren mit dem Bilde jener 15 Proletarier von Thal, die von den honorigen Söhnen der Bourgeoisie gemordet, jetzt von neuem aus der Erde gegraben werden, um zum zweiten Mal im Namen der kapitalistischen Ordnung, von den bürgerlichen Richtern, ermordet zu werden, die die Mordstudenten frei und unschuldig sprachen.

Sie werden marschieren mit dem Bilde des Arbeiters Hoffmann im Herzen, den die Schergen Plüskows gefesselt, in Flensburg ermordet haben, und dessen Mord sie noch einmal mit der Lüge von der Flucht zu heimanteln suchen. Sie marschieren mit dem Bilde jener Arbeiter Flensburgs im Herzen, die ins Grab gejagt wurden, weil sie ihren Abscheu den Mördern ins Gesicht gespien haben.

Sie werden marschieren mit tiefem Haß gegen die Gesellschaftsordnung, die Millionen und Abermillionen jahrelang in Not und Elend hält, sich mit ihrem Schweige mäktet, die um des Profits willen Millionen im Weltkriege schlachten ließ und jetzt mit allen Waffen des Krieges, mit allen Mitteln der Gewalt, die Arbeitermassen niederzuhalten sucht, wenn sie aufsteht, getrieben von dem Gedanken: so geht's nicht weiter!

Ja, wir sagen offen, der bürgerlichen Welt: Haß, brennenden Haß fühlen die Arbeitermassen in ihrem Herzen. Haß, brennenden Haß fühlen wir mit ihnen in unserer Brust aufsteigen, wenn wir an die Leiden der Millionen, an ihr vergossenes Blut und an ihre nicht-gestillten Tränen denken. Und Aug' für Aug', und Glied für Glied, und Blut für Blut, das ist das Gefühl, das die Massen besetzt, wenn sie an den Tag denken, wo sie stärker sein werden, wo sie die Macht in der Hand haben werden.

Und wenn die Bourgeoisie in ihrem Wüten und Schlachten nicht halt macht, wenn sie zu den alten Opfern immer neue, zur alten Blutschuld neue gesellt, so werden wir, die Kommunisten, die über die Gefühle den kühlen Verstand zum Leitstern unserer Handlungen machen, nicht imstande sein, diese mißhandelten, diese gepeinigten Massen davon zurückzuhalten, am Tage der Entscheidung, daß sie es der Bourgeoisie und ihren Angehörigen tausendmal bezahlen, daß sie sie mit den Skorpionen züchtigen, mit denen sie selbst von ihr gezüchtigt wurden.

Indem wir die Arbeiter aufrufen, nicht ruhig die Schandtaten der Bourgeoisie zu ertragen, sondern sich zu versammeln zu Demonstrationen, sondern der Bourgeoisie zu zeigen, daß jede ihre Bluttat nur das Meer anwachsen läßt, das die Welle ihrer Herrschaft wegsülen wird, sagen wir gleichzeitig den Arbeitern: Laßt nicht den Haß, sondern die Vernunft Euer Ratgeber sein.

Zwischen dem Mordwüten Roske, der Lüttwige, Maerder und Watter, und dem Mord von Flensburg ist ein tiefer Unterschied. Roske, Maerder, Watter haben die Arbeiter gemordet, um den proletarischen Aufstand niederzuwerfen. Roske, Maerder, Watter haben tausende Arbeiter gemordet, um den bevorstehenden Fall der kapitalistischen Regierung zu verhüten. Der Mord in Flensburg wurde verübt, obwohl die Arbeiter entwaffnet sind, obwohl kein Aufruhr herrschte. Und dieser Mord wurde nicht begangen aus Haß allein gegen Kommunisten, aus Haß gegen die revolutionären Proletarier. Dieser Mord wurde begangen als Provokation.

Und wir sagen voraus: Die Weißgardisten werden in der nächsten Zeit mehr solcher Morde begehen.

In ganz Deutschland bereiten sich große spontane Arbeiterbewegungen vor. Von Not getrieben, gesellen sich zu den Arbeitern die Angestellten und die Beamten. Die Bourgeoisie, die konterrevolutionären Banden merken das Anwachsen der Gefahr einer allgemeinen Massenbewegung und sie fürchten, sie könnten mit ihr nicht so leicht fertig werden, wie sie fertig wurden mit den revolutionären Teilbewegungen der vorausgegangenen zwei Jahre der deutschen Revolution. Sie fürchten, daß sich die kleinen Ströme zu einem großen reißenden Strom sammeln. Dem suchen sie vorzubeugen, indem sie durch Mordtaten die Arbeiter reizen zu unüberlegten, einzelnen Zusammenstößen, die dann zum Ausgangspunkt von Streitereien und Reibereien unter der Arbeiterklasse werden. Auf

diese Weise hofft die Regierung, die sich anbahnende Einigung der Proletarier zu zerstreuen.

Sie hofft die Arbeiter Teil für Teil zu schlagen. Und noch aus einem andern Grunde braucht die Konterrevolution den Mord und Totschlag. Sie will den Aufruhr provozieren, um der Entente zu beweisen, daß die Grünen notwendig sind, daß die Reichswehr vergrößert werden muß, falls die Entente-Kapitalisten ihren Tribut vom deutschen Volke einstreichen wollen.

Wir fordern die Arbeiter und die Arbeiterinnen auf, ihren Kampfeswillen mit heißem Herzen, aber kühlem Kopf zu bekunden. Die proletarische Armee ist erst im Aufmarsch begriffen. Jeder bewaffnete Kampf in der Zeit des Aufmarsches bedeutet Niederlage.

Sebet die Toten hoch auf, damit Millionen und Abermillionen ihre Wunden sehen. Drängt die Reihen um sie zusammen, bildet eine Front der Getriebenen und Unterdrückten, ob sie sich Kommunisten, Unabhängige oder Mehrheitssozialisten nennen. Vereinigt Euch in der Liebe zu den Toten, in dem Haß zu den Mördern und laßt Euch nicht trennen.

Haltet durch Ruhe und Entschiedenheit die Elemente unter Euch zurück, denen das Blut zu Kopfe steigt, und die vorzeitige Schlachten dem Feinde liefern wollen. Alle verdächtigen Elemente, die Euch vor die Maschinengewehre in diesem Moment treiben, haltet fest, bringt sie zu den Arbeiterorganisationen und sorgt dafür, daß der Verrat, der für Silberlinge dem Feinde dient, festgestellt wird.

Arbeiter und Arbeiterinnen! Die Zeit, wo Ihr geschlagen vom Feinde, schweigen müßt, ist vorüber. Ihr seid eine immer größere Macht!

Aber die Zeit der entscheidenden Schlacht mit der Waffe in der Hand ist noch nicht gekommen.

Sie wird vielleicht bald kommen, wenn wir einig zueinander stehen, wenn wir trotz aller uns trennenden Gegenätze uns zusammenfinden.

Arbeiter und Arbeiterinnen! Die heutigen Versammlungen werden unsere Kraft, unsere Macht dem Feinde zeigen. Aber sie werden ihm auch unsere Geschlossenheit und unsere Selbstbeherrschung zeigen. Sie werden ihm zeigen, daß eine Armee im Bilden begriffen ist, die sich nicht in Teilkämpfe locken läßt, bei denen eine Niederlage voraussehen ist, sondern die bald ihren Aufmarsch beendet, ihre Vorbereitung beendet, um vorwärts zu marschieren zum Kampf und Sieg.

Proletarier Breslaus! Protestiert am Dienstag, den 11. Januar, abends 7 Uhr,

in den Zentral-Ballsälen, Westendstraße 50/52,

in dem Ballsaal Sanssouci, Mehlgasse 11, und

in Wildes Ballsälen, Ofener Straße 122

gegen die Bluttat in Flensburg — gegen die Orgeßbanden — gegen die Mordorganisationen des Bürgertums gegen die Gorthy-Banden in Ungarn.

Tretet ein für die berechtigten Forderungen der Erwerbslosen, für die Produktionskontrolle durch das Proletariat.

Es lebe die Solidarität der Arbeiterklasse!

Kampfbereitschaft der Eisenbahner.

Unzufriedenheit mit den Zugeständnissen der Regierung.

Die vom D. E. V., Breslau, einberufene Protestversammlung der Beamten und Eisenbahner aller Kategorien, die am Sonntagmorgen im Garten des Gewerkschaftshauses stattfand, war von mehreren Tausend Personen besucht. In der regen Diskussion wurde von Vertretern aller Organisationen die Entrüstung über die von der Regierung gemachten Zugeständnisse und das Versagen des Sechzehnerausschusses zum Ausdruck gebracht. Einstimmig wurde folgende Entschliessung angenommen:

„Die hier am Sonntag, den 9. Januar, im Gewerkschaftshause stattgefundene Protestversammlung der organisierten Beamten und Arbeiter Breslaus nehmen mit Entrüstung Kenntnis von dem Einigungsvorschlag des Sechzehner-Ausschusses. Sie erklären seine Abmachungen für unzureichend und legen vor allen Dingen schärfsten Protest ein gegen eine noch malige Staffelung der Feuerungszuschläge nach Ortsklassen, da selbige speziell den Kollegen in der Provinz ganz unzureichende Aufbesserungen bringen müssen, zumal die Zahlung ab 1. Januar 1921 statt 1. November 1920 erfolgen soll. Die Versammelten machen den Hauptvorstand darauf aufmerksam, daß, wenn ihre gerechten Forderungen nicht erfüllt werden, sie die Verantwortung für alles ablehnen müssen, was sich aus dieser außerordentlich gereizten Stimmung ergeben kann.“

Die Breslauer Eisenbahner-Vertriebsräte zum Generalstreik bereit.

Eine Sitzung der Bezirks-Vertriebsräte für Westfalen der Eisenbahn-Direktion Breslau nahm folgende Entschliessung an: „Die Bezirksbeiräte der Eisenbahn-Direktion Breslau nehmen Kenntnis von dem Rundschreiben Nr. 32 (6. Januar 1921), in dem über die Verhandlungen vom 5. Januar 1921 im Reichsverkehrsministerium zwischen dem Sechzehner-Ausschuss und den Vertretern der Ministerien berichtet wird. Die angeführten, ortsklassenweise bewilligten Feuerungszuschläge für Lohnempfänger betriebigen keinesfalls die Eisenbahnarbeiter. Im Auftrage der Kollegen des Bezirks Breslau ersuchen wir den am 9. Januar 1921 tagenden erweiterten Vorstand des D. E. V. beschließen zu wollen, daß die von der Regierung vorgeschlagenen und zu geringen, passivweise angeführten Feuerungszuschläge abgelehnt werden, und die Forderung, die gegenwärtig bestehenden Feuerungszuschläge um 1 Mt. pro Stunde zu erhöhen, aufrecht erhalten wird und bei Ablehnung zum Generalstreik aufzurufen.“

Die Demonstration in Berlin.

Trotz des Abblasens der Eisenbahnerdemonstration, die sich gegen das Kompromiß mit der Regierung richtete, durch

den engeren Vorstand des D. E. V., fanden sich am Sonntag vormittag doch Tausende von Eisenbahnern und Beamten im Lustgarten zusammen. Die Rede unseres Genossen wurde mit starkem Beifall aufgenommen. Die Stimmung der Versammlung war: äußerste Kampfbereitschaft zur Erzielung der Bewilligung aller Forderungen.

Anschließend an diese Demonstrations-Versammlung fand unter rege Beteiligung (bürgerliche Blätter melden 18-20000) eine große Demonstration der Berliner Arbeiterschaft gegen die Bluttat in Jüteborg, gegen die Orgelesbanden, für die Solidarität der Arbeiterklasse statt.

Streikstimmung unter den südwestdeutschen Eisenbahnern.

Frankfurt a. M., 9. Januar. Das Ergebnis der Berliner Verhandlungen hat unter den Eisenbahnern in Südwestdeutschland große Mißstimmung ausgelöst. Besonders in den mittleren und kleineren Orten, in denen die Zugeständnisse der Regierung nur ein Behntel der geforderten Erhöhung ausmachen, ist große Erregung bemerkbar. Schon wurden zahlreiche Resolutionen angenommen, die sich gegen die „Zugeständnisse“ der Regierung und des Sechzehnerausschusses wendet. Überall ist man bereit, für die gestellten Forderungen in den Streik einzutreten.

Die Oldenburger Eisenbahner gegen das Kompromiß.

Oldenburg, 7. Januar. Von dem Deutschen Eisenbahnerverband, Bezirksleitung Oldenburg, wird bekanntgegeben, daß die gestern durch die Zeitungen bekanntgewordenen Resultate, wonach zwischen Regierung und Eisenbahnern eine Einigung erzielt worden sei, in hiesigen Eisenbahnerkreisen mit Entrüstung aufgenommen worden seien. Der Hauptvorstand des Deutschen Eisenbahnerverbandes werde am kommenden Sonntag über die geschaffene Lage Beschluß fassen. Es bestehe nach wie vor die Gefahr eines Streikes. Sie sei nicht beseitigt, sondern erst recht in ganz beträchtliche Nähe gerückt. Die Eisenbahner müßten an den einmal aufgestellten Forderungen als Mindestforderung festhalten.

Verträter unter den Beamten.

Bremen, 7. Januar. Der Beamtenausschuss des Landesverbandes des Großherzogtums Oldenburg der Deutschen Volkspartei faßte eine Entschliessung, die die Beamten auffordert, von einem Streik abzusehen, da ein solcher in der jetzigen schweren Zeit den Staat völlig zugrunde richten und die Beamten selbst als die Träger des Staates am meisten schädigen würde.

Die volksparteilichen Streikbrecher haben durch diese Selbstenttarnung der Aufklärung unter den Beamten einen guten Dienst erwiesen.

Zwar nicht deshalb, weil sie sich von Ordnern der Immunität in ihrem Vorgehen gegen Parlamentsvertreter des Proletariats behindern lassen, aber doch, um auch in den Parlamenten völlig unter sich bleiben zu können. Insbesondere ärgert es sie, daß die Tribünenbesucher, zumal in Stadtparlamenten, sehr häufig laut und deutlich ihre Einverständnis mit den kommunistischen Vorschlägen und Ausführungen zu erkennen geben, was ihnen meist nicht zum Ohrenschmause gereicht. Die Tatsache, daß in der Berliner Stadtverordnetenversammlung aus Anlaß der Ablehnung der Erwerbslosenanstre unserer Genossen die Tribünenbesucher den verehrlichen Stadtvätern Instruktion ihrer U. S. P.-Gesinnung zwar nicht gerade höflich, dafür aber umso unmißverständlich zum Bewußtsein brachten, daß die Massen von ihnen die Einlösung der pompten Wahlversprechungen verlangen, hat nicht nur die gesamte halb- und ganzreaktionäre Presse in Wut gebracht, sondern den „Berliner Lokalanzeiger“ darüber hinaus noch zu folgender Drohung veranlaßt:

„In amerikanischen parlamentarischen Körperchaften ist es in letzter Zeit wiederholt vorgekommen, daß sozialistische Vertreter der Arbeiter kurzerhand ihrer Mandate für verlustig erklärt wurden, obwohl sie sich persönlich gegen die Gemeinschaft, in die sie eintreten sollten, nichts hatten zuschulden kommen lassen. Ein Verfahren, das in Deutschland bisher keine Befürworter gefunden hat. Wenn aber die kommunistischen Mitglieder der Stadtverordnetenversammlung fortfahren, mit ihren Gesinnungsgenossen von der Tribüne so wie bisher zu fraternisieren und wenn sie dabei beharren, jede Maßnahme zur Aufrechterhaltung der Verhandlungsfähigkeit der Versammlung gleichgültig zu sabotieren, so wird wohl der Mehrheit der Stadtverordnetenversammlung schließlich auch nichts anderes übrig bleiben, als diesen unerhörten Gewaltfamletten mit durchgreifenden Zwangsmassnahmen zu begegnen.“

Zwangsmassnahmen in dieser Richtung sehen wir mit der allergrößten Ruhe entgegen. Sie würden uns in keiner Weise schädigen, dafür aber ein unbezahlbares Demonstrationsobjekt für die Vorireflichkeit des Baltens demokratischer Methoden abgeben. Darum: nur nicht genteren! Wir freuen uns auf den Tag, da es auf diese Weise nur noch kommunistisch subreine Parlamente gibt, in denen sich die Antirevolutionäre von Stresemann bis Crispian geseggeberisch amüsieren.

Drohende Reichsrekultion gegen Bremen.

Die Bremer Bürgerschaft beschloß bei der Ordnungspolizei einen Teil der Führerstellen einzuziehen und die Stadtwehr vollkommen aufzuheben. Darauf hat der Demokrat Roch als Reichsmittler des Innern den Bremer Senat zur Revision der Beschlüsse der Bürgerschaft aufgefordert, da er die öffentlich: Ordnung in Bremen für gefährdet halte. Das Schreiben Rochs schließt mit der Drohung, daß er nach Mitteilung des Resultats der Verhandlungen zwischen Senat und Bürgerschaft seine endgültige Entschliessung treffen werde. Das bedeutet also die Androhung einer Reichsrekultion gegen Bremen, wenn es seine Konterrevolution nicht so gut bewahrt, wie es die bürgerliche Berliner Regierung nur gut hält. Immer unverschämter degradiert sich die Reichsregierung zu einer reinen Verwaltungsstelle der Orgeles. Sie schließt Friedensverträge ab und wechselt Rollen mit der Entente. Gegen die praktische Ausführung ihrer Zugeständnisse an die Entente aber wehrt sie sich durch die Androhung der Reichsrekultion gegen eine deutsche Stadt. Deutlicher kann die Orgelesnechtigkeit der Ebert-Fehrenbach-regierung nicht zu Ausdruck kommen. Sie hat bisher die laaue Politik verfolgt, sich möglichst zurückhalten und die Diggro groß und stark werden zu lassen. Jetzt hält die Regierung offenbar die Zeit für gekommen, ihrerseits mit dem Schwerte der Orgeles zu klirren. Sie sorgt für eine gutbewaffnete Konterrevolution und gestattet dem seit Brest-Litowsk berüchtigten General Hoffmann wie Ludendorff der Entente die Dienste der deutschen Konterrevolution zu einem Feldzug gegen Sowjetrußland anzubieten. Immer klarer werden die Verhältnisse.

Immer klarer tritt die Kampffront hervor, die sich hinzieht zwischen dem Proletariat und der Konterrevolution.

Politische Uebersicht.

Vogel wieder in Deutschland.

Ein Mörder Rosa Luxemburgs amnestiert und auf freiem Fuße.

Die Justiz in der Ebert-Republik arbeitet weiter ausgezeichnet zu Gunsten der Mörder des Proletariats. Die neueste Blüte: Der Oberleutnant Kurt Vogel ist durch Beschluß des Landgerichts Berlin amnestiert worden und hält sich bereits in Deutschland auf, bereit, neue Verbrechen, die seine kaiserliche Offiziersbehrer fordern, am Proletariat zu begehen. Der Vogel ist bekanntlich einer der Mörder unserer Genossin Rosa Luxemburg, einer der Palanden des berühmten Berliner Eden-Hotels (das sich der begeisterten Sympathie der Ebert, Echeidmann, Noske und Konjorten erfreute). Er wurde amnestiert, trotzdem seine Beteiligung an einem gemeinen Verbrechen, der Ermordung Rosa Luxemburgs, feststeht. Die Justiz am 19. Januar „verurteilt“ den Vogel zu 2 1/2 Jahren Gefängnis; mit Hilfe der Konter-

revolution von den Deutschnationalen bis zu den Rostsozialisten verduftete er nach Holland. Jetzt ist er amnestiert, ist ganz frei, in Deutschland und arbeitet lustig weiter im Dienste der Sedt, Eicherich und Stinnes. Wir wundern uns über diese Dinge nicht. Die Bourgeoisie streicht selbstverständlich ihre gutbezahlten Bravos, die sie braucht im Kampfe gegen die Arbeiterschaft. Tausende Proletarier müssen hinter Zuchthaus- und Gefängnismauern wegen politischer „Vergehen“ Qualen erdulden; für sie gibt es keine Amnestie, nur für die Mörder des Proletariats.

Proletarier! stoßt Euch nicht das Blut in den Adern ob dieser Justizschand!

Erlämpft Euch die Diktatur des Proletariats. Sie wird dem Regiment der Vogel, Sedt, Eicherich, Stinnes, Ebert ein Ende machen.

Kauschmiß kommunistischer Parlamentarier.

Herrn Stresemanns Wunsch, es dürfte Kommunisten überhaupt nicht gestattet sein, parlamentarische Mandate zu bekleiden, findet in den Kreisen der Orgeles begeisterten Anklang.

Vorschläge für die Tätigkeit der Kommunisten in den Gewerkschaften.

(1. Fortsetzung.)

Je länger die Unfähigkeit zum Kampf um die endgültige Niederwerfung des kapitalistischen Gegners anhält, desto mehr wächst die Verelendung der Arbeiterklasse. Zu es unmöglich, im gegebenen Augenblick den Kampf weiterzuführen, dann dürfen die Kommunisten jedoch nicht davor zurückweichen, sich mit einem Tarifvertrag oder einem Schiedsspruch abzugeben. Ausschlaggebend für die Haltung der Kommunisten bei Lohnbewegungen ist die Erreichung eines möglichst großen Erfolges für die gesamte Arbeiterschaft, nicht für eine einzelne Gruppe.

III.

Die Praxis der Gewerkschaften, die Lohnkämpfe durch Verhandlungen und Tarifverträge abzuschließen und dadurch den Niederkampf der Wirtschaft durch Klassenharmonie zu beheben, hat die Arbeitsgemeinschaften geboren.

Die Arbeitsgemeinschaft soll dazu dienen, die Lohn- und Arbeitsbedingungen mit dem Unternehmertum auf dem Verhandlungswege zu regeln unter Vermeidung des Kampfes. Der Krieg hat jedoch den Gegensatz zwischen Kapital und Arbeit so zugespitzt, daß die Erzielung der einen Klasse nur auf Kosten der anderen möglich ist. Sollen die Kapitalisten weiter von der Ausbeutung der heillosen Proletarier leben — und sie wollen es —, dann ist dies nur möglich, wenn die Arbeiter Eins und Zwangsins aufbringen für die Schäden der deutschen Staatsgläubiger und die Lasten für die Kriegsschuldigen an die Entente, es ist nur möglich, wenn die Arbeiter ihre notwendigen Forderungen ver-

tragen, um den Kapitalisten den Wiederaufbau der kapitalistischen Wirtschaft zu ermöglichen.

Das bedeutet Verkürzung der Löhne, Aufhebung des Achtstundentages und endlose Verlängerung der Arbeitszeit, Millionen Arbeitslose, die verhungern müssen. Wollen das die Arbeiter nicht, dann müssen sie die Kampfstraß aufbringen, daß die Staatsschulden annulliert, alle Arbeitslosen in den Produktionsprozess eingegliedert werden oder Unterstützungen in der vollen Lohnhöhe der Arbeitenden erhalten. Das bedeutet Verneinung der auf der Profitwirtschaft aufgebauten Erziehung der Kapitalistenklasse, Streigerung und Umstellung der Produktion auf den Massenbedarf.

Diese Fragen über Leben und Tod der Massen geben keine Verhandlungsgrundlage für die Arbeitsgemeinschaften. Eine kampflöse Erreichung Lohnverbesserung einer Branche ändert an dieser Tatsache nichts. Darüber wird nur entschieden im Kampfe um die politische Macht. Die Arbeitsgemeinschaften dienen deshalb nur der Erzielung der Bourgeoisie, sie sind von den Kommunisten zu bekämpfen durch Arbeit in den Gewerkschaften, die diese in den Dienst des revolutionären Kampfes eingliedern.

IV.

Dieser Kampf ist ein Kampf um die Kontrolle der Produktion, ein Kampf um Eingliederung der Arbeitslosen in den Produktionsprozess, ein Kampf um die Sicherung der Erziehung der Massen der Arbeitslosen, Arbeits- und Kriegsinvaliden, der Langarbeiter, wie der gesamten Arbeiterklasse überhaupt. Die Regelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen der Arbeitenden genügt heute nicht mehr, es Millionen Arbeitslose und Millionen Langarbeiter dem Hungertode preisgegeben sind.

Die Kommunisten müssen dafür wirken, daß die Gewerkschaften in Verbindung mit den Reichsämtern sich jeder Ein-

chränkung oder Stilllegung eines lebenswichtigen Betriebes widersetzen und den geschlossenen Widerstand der Gewerkschaften, der Arbeiterschaft eines ganzen Ortes oder Industriebetriebes zu organisieren bis zur Grenze ihrer Macht. Es gilt den Kampf zu steigern aus einzelnen Teilaktionen zur Massenaktion über das ganze Reich bis zum Sturze der Bourgeoisie und Errichtung der Diktatur des Proletariats. Durch Demonstrationen und ernsthaft von der Gewerkschaft vorbereitete Betriebsbesetzungen gilt es diesen Kampf propagandistisch vorzubereiten.

V.

a) Die Kommunisten müssen die Gewerkschaften mobilisieren zu einem ernsthaften Kampf um die Versorgung der Arbeiterschaft mit Lebensmitteln. Die fortgesetzte Steigerung der Lebensmittelpreise hat bereits Demonstrationen und Aktionen hervorgerufen. Arbeiter, Angestellte, Beamte und verarmte Kleinbürger erhoffen von einer Beeinflussung der Lebensmittelpreise durch ihre Mitwirkung an der beherrschenden Preisgestaltung eine Lösung des Gegensatzes zwischen Einkommen und Kosten der Lebenshaltung. Das ist eine Täuschung, an die wir bei unserer Agitation anknüpfen müssen.

Die Not der Arbeitslosen treibt die Hungerrufen zu Verzweiflungsaktionen. (Bereits sind hungernde Arbeitslose auf die Straße gezogen, um sich Lebensmittel zu holen.) Diese Praxis wird teilweise hinterher von den Behörden gefördert. Das führt zu einem Gegensatz der städtischen Arbeiter zu den Kleinbauern und Landarbeitern. Die Versorgung der städtischen Arbeiter mit Lebensmitteln und der Landarbeiter mit Industrieprodukten darf kein Kampf der Industriearbeiter gegen die Landarbeiter und Kleinbauern werden.

(Fortsetzung folgt.)

Die Kämpfe, denen die Arbeiterklasse entgegengeht, machen eine einheitliche Kampfentscheidung notwendig. Sie zu schaffen, wird die vornehmste Pflicht der Kommunisten sein.

Immer klarer tritt mit der Zuspitzung des Gegensatzes zwischen Kapital und Arbeit auch die Verlogenheit der bürgerlichen Demokratie in Erscheinung. Der Traum der Sozialdemokraten, auf demokratischem Wege dem Bürgertum die militärische, politische und wirtschaftliche Macht zu nehmen, hat durch die Drohung mit der Reichsregulierung einen neuen Stoß bekommen. Das Bremer Parlament hat auf legalem demokratischem Wege unter Einhaltung aller Formalitäten die Auflösung der konterrevolutionären Stadtwehr beschlossen. Zum Spohn der Demokratie droht nun die Reichsregierung als Vertreter der deutschen Gegenrevolution mit der Exekution. Dieses Ereignis wird zur Ernüchterung der sozialdemokratischen Arbeiter von den Illusionen über die bürgerliche Demokratie beitragen.

Internationale.

Die Reaktion in Jugoslawien.

„Kofia Wien“. Der Vorwand zu dem jetzigen Staatsstreik in Jugoslawien, welcher über das Land den Belagerungszustand verhängt und eine mehr oder weniger verhängte Militärdiktatur errichtet, war der bereits 14 Tage dauernde Streik der slovenischen Bergarbeiter. Der Minister des Inneren erklärte angesichts der Fortdauer dieses Streiks durch ein Dekret jedes Streikrecht im ganzen Reich für aufgehoben und drohte mit der Militarisierung der ganzen Industrie, auch in Bezirken, wo nur Teilstreiks vorkommen würden. „Radnice Novine“, das Belgrader kommunistische Organ wies sofort darauf hin, daß die wirtschaftlichen Besorgnisse der Regierung nur ein Vorwand seien, um die tatsächlichen politischen Beweggründe, welche die Regierung zu dieser Aktion geführt haben, zu verbergen. Die Aufhebung des Streikrechtes war jedoch nur der erste Schritt zur völligen Unterdrückung der kommunistischen Bewegung. Die Reaktion richtet sich auch gegen die Ugramer Radikalen und die anderen kroatischen Separatisten, gegen bulgarisch-mazedonische revolutionäre Komitatchi, sowie auch gegen die montenegrinischen Anhänger, König Nikolaus. Die Regierung behauptet einem Komplott auf die Spur gekommen zu sein, welches zwischen diesen nationalistischen und separatistischen und den Kommunisten gesponnen wurde, doch nimmt tatsächlich niemand, diese von der Belgrader großserbischen Presse erfundene Anklage ernst. Die Kommunisten haben sofort energisch dagegen protestiert, irgend welche nationalistischen Bewegungen unterstützt zu haben. Markowitsch, das Haupt der kommunistischen Gruppe im Parlamente und Filipowitsch, der Sekretär der Partei, begaben sich sofort zum Minister des Inneren, protestierten gegen die erlassenen reaktionären Dekrete und verlangten, daß ihnen sofort der Prozeß gemacht werde, um die Unhaltbarkeit der erhobenen Anklagen nachweisen zu können. Inzwischen wurde in Belgrad die Arbeitskammer und das Volkshaus militärisch besetzt und alle Organisatoren, Führer oder Leiter der Gewerkschaften und die Mitglieder der Gewerkschaften, deren Zahl sich auf 8000 beläuft, verhaftet. Alle Kaffeehäuser und Restaurants müssen in Belgrad um 9 Uhr abends geschlossen werden. In der Nacht durchziehen Militärpatrouillen die Straßen der Stadt. Besonders zahlreich waren die Verhaftungen in Mazedonien und Bosnien, welche eine starke kommunistische Bewegung besitzen. In Agram wurde der Belagerungszustand erklärt. Es wurde dagegen der Versuch eines Generalstreiks gemacht. Aus einigen Städten Bosniens und Mazedoniens sind Nachrichten über Proklamationen von Somjets eingetroffen.

Telegramme.

Produktionsfabrikation der Unternehmer.

Die Direktion der Firma Ludwig Loewe in Berlin hat die Fabrik geschlossen und sämtliche Arbeiter entlassen. Die Arbeiter hatten gefordert, daß das Einkommen der Kurzarbeiter dem der Vollarbeiter gleichgestellt werden müsse. Als die Firma dies ablehnte, erschienen die Arbeiter stets volljährig zur Arbeit, setzten aber stillstehende Maschinen in Gang. Darauf schloß die Direktion den Betrieb.

Gewerkschaftsführer knicken.

Die Gesamtbelegschaft der Fabriken Ludwig Löbe & Co. hielt nach dem „L.A.“ in Moabit eine stark besuchte Versammlung ab, um zu der von der Direktion verfügten Entlassung sämtlicher Arbeiter Stellung zu nehmen. Die Vertreter der beteiligten Gewerkschaften waren eingeladen aber nicht erschienen, was lebhafteste Entrüstung in der Versammlung hervorrief. Ebenso die Haltung des „Vorwärts“ und der „Freiheit“. Die Versammlung wandte sich gegen den Versuch der Arbeiterchaft, politische Motive unterzuschoben. Vertreter der Betriebszentrale und der kommunistischen Partei erklärten in der Maßnahme der Direktion nicht eine Zufallserscheinung, sondern ein planmäßiges Vorgehen der Unternehmer. Die Arbeiterchaft müsse jetzt fest zusammenhalten und für eine Umgestaltung der Gewerkschaften sorgen, die in ihrer jetzigen Gestalt nicht die Interessen der Arbeiterchaft vertreten. Mit einem Hoch auf das revolutionäre Proletariat wurde die Versammlung geschlossen.

Die Gewerkschaftsvorstände und die Eisenbahnerbewegung.

Die Berliner Ortsverwaltung des Deutschen Eisenbahnerverbandes erläßt eine Kundgebung, in der er darauf hinweist, daß an den Mindestforderungen, die der Deutsche Eisenbahnerverband gestellt hat, festgehalten und mit allen zu Gebote stehenden Mitteln für die Durchführung dieser Forderungen eingetreten werden muß. Die erweiterte Vorstand-

Der Aufbau der schlesischen Orgeßch vollendet.

Neue Enthaltungen. — Schlachtplan gegen das Waldenburger Industriegebiet.

Am 31. Dezember 1920 wurde in Bad Salzbrunn bei Waldenburg der Büroangestellte Claus Hoff wegen gemeiner Verbrechen verhaftet. Dabei fielen der Polizei eine große Menge Papiere in die Hand. Die „Schlesische Bergwacht“, Waldenburg, ist in der Lage daraus Dokumente über die Rüstungen der Konterrevolution zu veröffentlichen.

Die hier in Frage kommende Orgeßchabteilung nennt sich Heimatschutzverband verfassungstreuer Schlesier (Organisation Escherich e. B.). Ueber den Aufbau ihrer Kreisgruppe Waldenburg unterrichtet folgende Geschäftsordnung: Journal Nr. 10.

Geschäftsordnung des Heimatschutzverbandes verfassungstreuer Schlesier, Kreisgruppe Waldenburg.

1. Der Heimatschutzverband verfassungstreuer Schlesier, Kreisgruppe Waldenburg, umfaßt den gesamten Kreis Waldenburg. Die Leitung des Kreises liegt in den Händen des Hauptmanns Wisliceny, Bad Salzbrunn, Haus „Duo vobis“. Seine Stellvertreter sind 1. Rittmeister Thilo, Bad Salzbrunn, Sternstraße; 2. Apothekenbesitzer Beonit, Altwasser, Apotheke. Kreisgeschäftsführer ist Leutnant der Res. a. D. Müller, Bad Salzbrunn.

Weiter geht aus der Geschäftsordnung hervor, daß die Filiale der Deutschen Bank in Waldenburg das Postkontokonto der Orgeßch beherbergt. Der Kreis ist in vier Unterabteilungen (A. B. C. D.) eingeteilt. Die „Geschäftsordnung“ stammt vom 1. August 1920.

In einem Monatsbericht vom November v. J. wird gesagt, das der

Aufbau der Orgeßch im Kreise Waldenburg als vollendet

betrachtet werden könne. Ueber den Mitgliederbestand wird dann berichtet:

Unterabschnitt A.	
Bad Salzbrunn	Gesamtzahl 23, 11 Ortschutz, 12 Kreischutz
Fröhlichsdorf	13, — 13
Unterabschnitt B.	
Rynah	Gesamtzahl 20, 20 Ortschutz
Bärsdorf	11, — 11
Hansdorf	21, 16 5
Jauernig	19, 8 11
Michelsdorf	15, 15 —
Heinrichau	21, 9 12
Friedersdorf	28, 20 8
Unterabschnitt C.	
Rudolfswalbau	Gesamtzahl 30, 30 Ortschutz, — Kreischutz
Ndr.-Wüstegiersdorf	17, 17 —
Ob.-Wüstegiersdorf	14, 13 1
Donnerau	18, 18 —
Unterabschnitt D.	
Friedland	Gesamtzahl 12, 4 Ortschutz, 8 Kreischutz
Görbersdorf	54, 30 24
Reudorf	18, — 17

Mithin besitzt der Kreis Waldenburg zur Zeit 406 Mitglieder, von denen 235 Mitglieder als Ortschutz, 118 als Kreischutz verpflichtet sind. Bei 53 Mitgliedern steht es zur Zeit noch nicht fest, ob Orts- oder Kreischutz.

Die einzelnen Ortschaften besitzen aber meist mehr Mitglieder als die genannten Zahlen angeben, ein bestimmter Prozentsatz der Mitglieder ist zur Zeit nur noch nicht schriftlich verpflichtet. Für die Bearbeitung des Grenzlandes Böhmen ist ein Herr in Halbstadt gewonnen.

Aus einem Etat vom 6. 12. 1920 geht hervor, daß sich die Schlotbarone ihre Orgeßch etwas kosten lassen. Sie ist gut mit Geldmitteln versehen.

Der Schlachtplan.

Wie die „Sicherung der Verfassung“ und die „Sorge für Ruhe und Ordnung“, von dem die Orgeßch so viel redet und schreibt, aussehen, zeigt das wichtigste Dokument, ein ausführlicher Schlachtplan mit genauen Einzeichnungen auf zwei Generalstabkarten. In den Erläuterungen dazu wird genau angegeben, welche Orte in welcher Linie jede der vier Unterabteilungen zu besetzen hat. Der ganze Schlachtplan läuft auf eine Einkreisung des Waldenburger Industriegebiets hinaus. Das Waldenburger Industriegebiet mit seiner starken Arbeiterchaft ist einer der wichtigsten Stützpunkte der proletarischen Bewegung in Schlesien. Deshalb soll das Gebiet abgegrenzt werden, das Waldenburger Proletariat niedergeworfen werden, um dann jede Bewegung in Breslau im Blut erstickt zu können. In den Erläuterungen heißt es dann:

1. Sämtliche Unterabschnitte müssen sich nach mehreren Fronten schützen. Es wird daher mit den Ortsgruppen-

sicherung des Deutschen Eisenbahnerverbandes, in der die Vereinbarungen mit dem Reichsverkehrsministerium zur Beratung stehen, findet heute statt. Man macht sich auf eine ziemlich stürmische Debatte in den Kreisen des Vorstandes des Deutschen Eisenbahnerverbandes gefaßt. Am Dienstag tritt der erweiterte Vorstand der Reichsgewerkschaft Deutscher Eisenbahnbeamten zusammen.

Die Not in Warschau.

Warschau, 10. Januar. Der Mangel an rationiertem Brot ist in der letzten Zeit unerträglich gestiegen, während das marktfreie Brot, das für die minderbemittelte Bevölkerung unerschwinglich ist, weiter im Preise gestiegen ist. So wurden 800 Gramm mit 76 Mark verkauft. Von den 34 Bäckereien, die das rationierte Brot herstellen, konnten nur acht arbeiten, die anderen haben keine Mehlzuteilung bekommen.

verabredet werden, daß sämtliche Personen bis zu 45 Jahren die Einkreisung des Industriegebietes übernehmen; die älteren Personen müssen Reserve und Rückenbedeckung bilden.

2. Für sämtliche Unterabschnitte wird gebeten, sofort Unterstützung zu senden.

3. Zur Aufrechterhaltung der Verbindung der einzelnen Unterabschnitte unter sich und mit der Kreisleitung ist unbedingt für kritische Zeit ein dauerndes Flugzeug nötig. Landeplatz vorhanden.

4. Es wird nicht nötig sein, eine geschlossene Front zu bilden, oft wird es genügen, günstige Punkte (Höhen usw.) zu besetzen, von denen ein bestimmter Raum bestrichen werden kann. Bestimmte Angaben hierüber folgen.

5. Die Hauptstreckendahnlinie Freiberg—Ndr.—Salzbrunn—Altwasser—Waldenburg—Dittersbach—Jellhammer wird dem Betrieb nicht erhalten bleiben.

Die illegale Kleinarbeit der Orgeßch.

Die Orgeßchleute sind sehr erfinderisch in der Darstellung ihrer Tätigkeit als Harmlosigkeit. Selbst bei den Waffenschließungen sind sie harmlos. Sie verschicken keine Waffen, beileibe, nur — Zigarren und Rübenfett. So schickte der Herr Generalquartiermeister Müller folgenden geheimnisvollen Brief an einen gewissen Beder:

Bad Salzbrunn, den 20. 12. 1920.

Sehr geehrter Herr Beder!

1. Am 5. Januar beginnen im hiesigen Kreise die Hausdurchsuchungen nach Waffen; wenn wir auch keinerlei Waffen besitzen, so kann die Mittatung doch nichts schaden. In Frage kommen nur Militärwaffen.

2. Bitte ich um Mitteilung, ob bis 5. noch ein Fuhrwerk nach hier kommt; ich hätte noch einige Zigarren mitzubringen.

3. Wünsche ich Ihnen und den anderen Herren ein frohes Neujahrstfest und verbleibe mit besten Grüßen Ihr ergebener Müller.

Bitte den Brief sofort zu vernichten.

Darauf erwiderte prompt besagter Herr Beder, unter Benützung gleich desselben Schreibens:

Ich hoffe bis zum 5. 1. wegen den Zigarren einen Wagen schicken zu können. Ich laute vorher an. (208.) Ihre Neujahrgrüße erwidere ich bestens. Ergebenen Gruß! Beder.

Ueber den anderen Schleichhandel berichtet folgende Notiz unter den Dokumenten des Herrn Hoff:

Gutsbesitzer Weigelt in Abelsbach vis-à-vis von Gutsbesitzer Keil an die Deffentliche rufen lassen, fragen, ob er zirka 10 Liter Rübenfett à 8 Mark abholen kann für Hauptmann Wisliceny, Bad Salzbrunn. 1,80 Gebühren.

20. 12. 1920.

Derselbe Gutsbesitzer scheint aber auch selbst derartige schöne Sachen zu haben. Wenigstens besagt ein anderer Notizentzettel:

Gutsbesitzer Weigelt in Abelsbach anläuten, ob er 10 Liter Syrup zu 8 Mark abgeben kann.

Mit Gelegenheitsfuhrer reinbringen oder ob und wann mit eigenem Fuhrwerk abgeholt werden kann?

Deffentliche Abelsbach anmelden!

Das schlesische Proletariat wird im gegebenen Falle diesen sauberen Schlachtplan der Gegenrevolution durchkreuzen müssen.

Jetzt sofort müssen die Gewerkschaftsführer und die Führer der sozialdemokratischen Parteien von den Mitgliedern an die Versprechungen erinnert werden, die sie gemeinsam mit der Regierung Ebert-Bauer beim Abbruch des Generalstreiks gegen den Rapp-Putsch gemacht haben. Unter Punkt 8 der bekannten Abmachung der Gewerkschaftsführer und S.P.D.- und U.S.P.-Führer mit der Regierung war die Schaffung einer Wehr der Arbeiter, Beamten und Angestellten unter Kontrolle ihrer Organisationen zugestanden. Was haben die Führer getan, um dies Versprechen, für das sie mit Haftbar sind, zu erfüllen? Das Ergebnis dieser Nachenschaft ist furchtbar: Sie haben nichts getan, sie haben das Proletariat verraten und heute steht es waffenlos der bewaffneten Gegenrevolution gegenüber.

Dieser Verrat und die bis ins einzelne ausgebaute Rüstung der Gegenrevolution lehnen der Arbeiterchaft, daß sie selbst auf den Plan treten muß und sich in geschlossener Aktion die Verwirklichung der Forderung erkämpfen muß, die auch in dem Offenen Brief der S. P. D. an alle Arbeiterorganisationen unter IV a enthalten ist:

Sofortige Entwaffnung und Auflösung aller bürgerlichen Selbstschutzorganisationen und Bildung proletarischer Selbstschutzorganisationen in allen Ländern und Gemeinden.

Sieg der Reaktion in Bremen.

In Bremen hat Sonntag eine Volksabstimmung stattgefunden, ob die Bremer Stadtwehr, eine Selbstschutzorganisation, beibehalten wird, oder ob sie abgeschafft werden soll. Die sozialistische Mehrheit der Bürgerschaft hat die Abschaffung beschlossen, der Senat aber, der eine bürgerliche Mehrheit aufweist, hatte sich geweigert, die Beschlüsse durchzuführen. Kurz vor der Abstimmung hat die Reichsregierung, um den schwankenden Spießbürgern Angst zu machen, mit der Reichsregulierung gedroht. Das scheint der Reaktion mit Hilfe des Kleinbürgertums zum Siege verholfen zu haben. Nach bürgerlichen Zeitungsmeldungen wurden in der Stadt Bremen 87 600 Stimmen mit nein und 65 461 mit ja abgegeben, in Bremen-Land war das Stimmenverhältnis 3200 Stimmen mit nein und 2992 mit ja, Begeßal 1668 mit nein und 818 mit ja, in Bremerhaven 6337 mit nein und 4747 mit ja. Das Wahlergebnis ist also eine Mehrheit für die Beibehaltung der Stadtwehr.

